



Grünliberale Partei Schweiz

## Medienmitteilung

Thema	Grünliberale weiter auf Kurs
Für Rückfragen	Martin Bäumle, +41 79 358 14 85
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 323 05 30, eMail <a href="mailto:schweiz@grunliberale.ch">schweiz@grunliberale.ch</a> , <a href="http://www.grunliberale.ch">www.grunliberale.ch</a>
Datum	9. April 2011

**An ihrer Versammlung in Aarau haben sich die Delegierten mit den Folgen der tragischen Naturkatastrophe in Japan und der daraus resultierenden Havarie des Kernkraftwerks Fukushima für die Schweizer Energiepolitik beschäftigt. Mit ihrer Volksinitiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“, welche ein Instrument zur Förderung von erneuerbaren Energien ist, wollen die Grünliberalen einen echten Beitrag zum Klimaschutz, weniger CO2 und einem schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie leisten.**

Felix Jenni, Grossrat und Co-Präsident der glp Aargau begrüsst die Schweizer Delegierten im Grossratssaal des Kantons Aargau. In einer kurzen Präsentation informiert er über die Stärke der kantonalen Sektion und die politischen Herausforderungen im Kanton.

Der Parteipräsident Martin Bäumle nutzte die Einstiegsrede, um auf die von Medien aufgegriffene Diskussion um die Mitte und die sogenannten Holding-Struktur, die eventuell nach den Wahlen in Bundesbern die Kräfte der Mitte bündeln soll, einzugehen. Er machte klar, dass die Grünliberalen eine eigene Fraktion in Bern anstreben, dass die Grünliberalen Bundesparlamentarier aber die heutige CVP-EVP-glp-Fraktion als eine gute Zusammenarbeit wahrnehmen und diese gerne in einer Art weiterführen wollen. Die Zielsetzungen für die nationalen Wahlen bleiben auch nach den Wahlen in Zürich unverändert. Die Grünliberale Partei will im November 2011 mit 6-8 Nationalrätinnen und Nationalräten und 2 Ständerätinnen und -räten in Bern vertreten sein. Ihre Wahlaufaktveranstaltung planen die Grünliberalen am 12. Mai 2011.

### **Fukushima & Folgen für die Schweiz**

Die Naturkatastrophe in Japan hat einmal mehr das Restrisiko der Kernenergie aufgezeigt. Ob die Wirkung dieser furchtbaren Bilder aus Japan nachhaltig sein wird, bezweifeln die Grünliberalen. Die Erfahrung aus Tschernobyl (1986) zeigt, dass bereits nach den Wahlen im Oktober, wenn es darum geht politische Entscheide herbeizuführen, die Tragödie vergessen sein könnte. Die Grünliberalen werden die neuen Atomausstiegsbefürworter an ihre Worte erinnern und sie an ihren Taten messen.

In einer differenzierten Podiumsdiskussion mit den Experten Prof. Dr. Adrian Pfiffner, Geologisches Institut der Universität Bern, Herrn Dr. Walter Steinmann, Direktor des Bundesamtes für Energie und Martin Bäumle als Atmosphärenwissenschaftler haben sich die 97 Delegierten über die Veränderungen in der Schweizerischen Energiepolitik sachlich informiert.

Nach der Diskussion halten die Grünliberalen an ihrer bisherigen Position des schrittweisen Ausstieges fest d.h.

- keine neue Kernkraftwerke in der Schweiz
- die Schweiz hat schrittweise aus der Kernenergie auszusteigen
- Sicherheit geht vor – Fragen der Erdbeben-, Überschwemmungs- und Kühlbeckensicherheit sowie auch die Verkettung von mehreren Faktoren inkl. menschlicher Fehlentscheidungen und weitere externe Faktoren inkl. mutwilliger Eingriffe durch z.B. Terror sind mit den aus Japan neu gewonnen Erkenntnissen genau zu prüfen.
- Kostenwahrheit muss hergestellt werden – die Lagerung und die Entsorgung des Atommülls, die Rückbaukosten eines Kernkraftwerks und v.a. auch die ungedeckten Risiken der Atomenergie müssen in den Strompreis eingerechnet werden

In diesem Zusammenhang werden die Grünliberalen ihre Volksinitiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“ im Juni 2011 als Instrument lancieren, welches mit einem liberalen und ökonomisch nachhaltigen Ansatz die nötigen Anreize für eine neue Energie- und Wirtschaftspolitik setzen wird.